

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Jahreswechsel läuft nicht nur die Gesetzesproduktion auf Hoch-touren, auch das Finanzministerium veröffentlicht in der Regel eine größere Zahl neuer Verwaltungsanweisungen. Eines davon betrifft die Aufbewahrung digitaler Unterlagen zu Bargeschäften, ein weiteres befasst sich mit den Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung eines Darlehensvertrags zwischen Angehörigen. Ebenfalls interessant sind einige Urteile des Bundesfinanzhofs, der jetzt beim Steuerabzug von krankheitsbedingten Aufwendungen wesentlich pragmatischer vorgeht. Hier sehen Sie alle Themen dieser Ausgabe im Überblick:

ALLE STEUERZAHLER

Länder wollen Strafzinsen für Steuersünder ☞	2
Leichter Steuerabzug von Behandlungskosten	3
Umsatzsteuerpflicht bei eBay-Verkäufen ☞	3
Steuerpflicht von Erstattungszinsen ☞	4
Darlehensverträge zwischen Angehörigen	5

UNTERNEHMER & EXISTENZGRÜNDER

Digitale Unterlagen zu Bargeschäften	2
Abziehbarkeit eines häuslichen Arbeitszimmers ☞	3
Gewerbsteuerpflicht einer Freiberuflergesellschaft ☞	4
AfA-Nachholung auf nicht erfasstes Betriebsvermögen ☞	4
Pauschalierte Entschädigung ist umsatzsteuerfrei ☞	5
Steuerbefreiung für innergemeinschaftliche Lieferungen ☞	6

GMBH-GESELLSCHAFTER & -GESCHÄFTSFÜHRER

Verdeckte Gewinnausschüttung bei Verzicht auf Schadensersatz ☞	6
--	---

ARBEITGEBER

Änderungen bei ELENA ☞	2
Korrektur: Sachbezugswerte 2011 ☞	6

ARBEITNEHMER

Abziehbarkeit eines häuslichen Arbeitszimmers ☞	3
Bücher als Arbeitsmittel ☞	5

IMMOBILIENBESITZER

Darlehensverträge zwischen Angehörigen	5
Zahlung für Zufahrtsmöglichkeit als Anschaffungskosten ☞	5

☞ = diese Meldung finden Sie in der Spalte „Kurz notiert“

STEUERTERMINE 2 - 4/2011

	Feb	Mär	Apr
Umsatzsteuer mtl.	10.	10.	11.
Umsatzsteuer viertelj.	-	-	11.
Lohnsteuer	10.	10.	11.
Einkommensteuer	-	10.	-
Körperschaftsteuer	-	10.	-
Getränksteuer	10.	10.	11.
Vergnügungsteuer	10.	10.	11.
Schonfrist für Zahlungen zu obigen Steuern	14.	14.	14.
Gewerbsteuer	15.	-	-
Grundsteuer	15.	-	-
Schonfrist für Zahlungen zur Gewerbe-/Grundst.	18.	-	-
SV-Beitragsnachweis	22.	25.	21.
Fälligkeit der SV-Beiträge	24.	29.	27.

AUF DEN PUNKT

»Wir kennen uns ja schon lange. Von dieser guten Basis kann auch Ihr offizielles Vermögen profitieren.«

Berater einer Schweizer Großbank

»Eine falsche Bilanz ist keine gefälschte Bilanz.«

Dirk Jens Nonnenmacher

KURZ NOTIERT

Änderungen bei ELENA

Medizinisch gesehen ist ELENA sicher die einzige Totgeburt, die sich bester Gesundheit erfreut. Keinem anderen Projekt wurde schon so oft beinahe der Stecker gezogen wie dem elektronischen Entgelt-nachweis, doch an der Pflicht für die Arbeitgeber, jeden Monat Daten abzuliefern, hat sich nichts geändert. Im November hat die Bundesregierung erklärt, der Beginn der Datenübermittlung an die Behörden werde nun um zwei Jahre auf den 1. Januar 2014 verschoben. Damit müssen die bisher gesammelten Daten wohl gelöscht werden, weil sie aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht bis 2014 auf Vorrat gespeichert werden dürfen. Es ist jedoch nicht die überbordende Kritik, die die Regierung zum Einlenken bewegt hat, sondern in erster Linie die Klage der Kommunen über zusätzliche Kosten für die technische Umstellung. Bezeichnend ist, dass kein Bundesministerium für das ungeliebte Kind verantwortlich sein will. Unterdessen gibt es für Arbeitgeber zum Jahreswechsel lediglich einige kleinere meldetechnische Änderungen. Vor allem sind Papiermeldungen nun als Rückmeldungen nicht mehr möglich. Außerdem will die Zentrale Speicherstelle für die ELENA-Daten ab Mitte Februar 2011 eine Sendungsverfolgung über das Internet anbieten und dadurch zahlreiche telefonische Beratungen einsparen.

Länder wollen Strafzinsen für Steuersünder

Die geplante deutliche Verschärfung der Anforderungen für eine strafbefreiende Selbstanzeige geht den Länderfinanzministern offenbar noch nicht weit genug. Sie wollen außerdem noch einen Strafzins von 5 Prozent pro Jahr verlangen. Ähnliche Wünsche hatten auch verschiedene Parlamentarier bereits geäußert, allerdings in Form einer Verwaltungsgebühr statt eines Strafzinses. Das Bundesfinanzministerium sieht jedoch verfassungsrechtliche Probleme mit einem zusätzlichen Strafzins. Die Verabschiedung des Gesetzes im Bundestag ist für Ende Februar geplant. Erst dann wird sich zeigen, inwiefern sich die Länder mit ihrem Wunsch noch durchsetzen können, und ob das Gesetz noch um eine Bagatellregelung ergänzt wird, sodass eine Strafbefreiung später nicht auch wegen vergessener Kleinbeträge noch nachträglich wegfallen kann.

Digitale Unterlagen zu Bargeschäften

Das Bundesfinanzministerium hat erläutert, wie es sich die Aufbewahrung digitaler Unterlagen zu Bargeschäften vorstellt.

Vor gut zwei Jahren ist der damalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück am massiven Widerstand der Unternehmen mit seinem Ansinnen gescheitert, einen „Fiskuschip“ in Registrierkassen und Taxametern gesetzlich vorschreiben zu lassen. Nun macht das Bundesfinanzministerium auf dem Weg eines Erlasses Vorgaben, wie digitale Unterlagen über Bargeschäfte aufzubewahren sind. Wer diese Vorgaben nicht strikt beachtet, riskiert bei einer Betriebsprüfung eine Schätzung mit erheblichen Aufschlägen.

- **Betroffene Geräte:** Die folgenden Vorgaben gelten insbesondere für Registrierkassen, Waagen mit Registrierkassenfunktion, Taxameter und Wegstreckenzähler. Die Anforderungen gelten für jedes einzelne Gerät.
- **Gesetzliche Vorgaben:** Seit dem 1. Januar 2002 müssen die Betriebe Unterlagen, die mit einem Datenverarbeitungssystem erstellt worden sind, während der Aufbewahrungsfrist jederzeit verfügbar, unverzüglich lesbar und maschinell auswertbar aufbewahren. Die Geräte sowie die damit erstellten digitalen Unterlagen müssen seither neben den „Grundsätzen ordnungsmäßiger DV-gestützter Buchführungssysteme (GoBS)“ auch den „Grundsätzen zum Datenzugriff und zur Prüfbarkeit digitaler Unterlagen (GDPdU)“ entsprechen. Das bedeutet insbesondere, dass das Gerät keine für Manipulationen nutzbare Ausstattungsmerkmale wie Trainings-Bediener, verdeckte Storni etc. besitzen darf. Im Zweifelsfall muss der Unternehmer nachweisen können, dass dies tatsächlich der Fall ist.
- **Unbare Geschäftsvorfälle:** Soweit mit dem Gerät auch unbare Geschäftsvorfälle (z. B. EC-Cash oder ELV) erfasst werden, muss aufgrund der erstellten Einzeldaten ein Abgleich der baren und unbaren Zahlungsvorgänge und deren zutreffende Verbuchung im Buchführungs- bzw. Aufzeichnungswerk gewährleistet sein.
- **Einzelaufzeichnungspflicht:** Es müssen alle steuerrelevanten Einzeldaten einschließlich etwaiger mit dem Gerät elektronisch erzeugter Rechnungen unveränderbar und vollständig aufbewahrt werden. Eine Verdichtung dieser Daten oder ausschließliche Speicherung der Rechnungssummen ist unzulässig.
- **Digitale Unterlagen:** Die Aufbewahrung der aufbewahrungspflichtigen Unterlagen in ausgedruckter Form ist nicht ausreichend. Die digitalen Unterlagen und die Strukturinformationen müssen in einem auswertbaren Datenformat vorliegen.
- **Datenspeicherung:** Ist die komplette Speicherung aller steuerlich relevanten Daten (bei einer Registrierkasse insbesondere Journal-, Auswertungs-, Programmier- und Stammdatenänderungsdaten) nicht im Gerät möglich, müssen diese Daten unveränderbar und maschinell auswertbar auf einem externen Datenträger gespeichert werden. Ein Archivsystem muss die gleichen Auswertungen wie das laufende System ermöglichen.
- **Einsatzprotokolle und Anleitungen:** Die konkreten Einsatzorte und -zeiträume der Geräte müssen protokolliert werden und die



Protokolle aufbewahrt werden. Für Taxameter und Wegstreckenzähler ist der Einsatzort das jeweilige Fahrzeug, in dem das Gerät verwendet wurde. Außerdem müssen die Grundlagenzeichnungen zur Überprüfung der Bareinnahmen für jedes einzelne Gerät getrennt geführt und aufbewahrt werden. Die zum Gerät gehörenden Organisationsunterlagen müssen ebenfalls aufbewahrt werden, insbesondere die Bedienungsanleitung, die Programmieranleitung und alle weiteren Anweisungen zur Programmierung des Geräts.

- **Taxameter:** Die obigen Ausführungen gelten auch für die mit Hilfe eines Taxameters oder Wegstreckenzählers erstellten digitalen Unterlagen, soweit diese Grundlage für Eintragungen auf einem Schichtzettel sind. Im Einzelnen können dies sein: Name des Fahrers, Schichtdauer (Datum, Schichtbeginn, Schichtende), Summe der Total- und Besetzkilometer, der Einnahmen und Anzahl der Touren laut Taxameter, Kilometerstand bei Schichtbeginn und -ende, Einnahme für Fahrten ohne Nutzung des Taxameters Zahlungsart und Summe der Gesamteinnahmen, Angaben über Lohnabzüge angestellter Fahrer oder sonstige Abzüge (z. B. Verrechnungsfahrten), Summe der verbleibenden Resteinnahmen und der an den Unternehmer abgelieferten Beträge sowie das Kennzeichen der Taxe. Dies gilt für Taxi-Unternehmer ohne Fremdpersonal entsprechend.
- **Altgeräte:** Soweit ein Gerät bauartbedingt den obigen Anforderungen nicht oder nur teilweise genügt, akzeptiert es die Finanzverwaltung, wenn der Unternehmer dieses Gerät noch maximal bis Ende 2016 weiterhin einsetzt. Das setzt aber voraus, dass der Unternehmer technisch mögliche Softwareanpassungen und Speichererweiterungen mit dem Ziel durchführt, die gesetzlichen Anforderungen zu erfüllen. Die Neuanschaffung solcher Geräte oder den Erwerb zusätzlicher gebrauchter Geräte hat die Finanzverwaltung damit jedoch nicht abgesegnet. Außerdem müssen bei Registrierkassen, die technisch nicht mit Softwareanpassungen und Speichererweiterungen aufgerüstet werden können, die bisherigen Vorgaben weiterhin vollumfänglich beachtet werden. ■

Leichterer Steuerabzug von Behandlungskosten

Sowohl bei den Voraussetzungen als auch bei den möglichen Behandlungsformen hat der Bundesfinanzhof den Abzug von Behandlungskosten als außergewöhnliche Belastung erleichtert.

Ob eine ärztliche Behandlung die Gesundheitsbeschwerden lindert, lässt sich im Vorhinein nur schwer sagen. Einfacher zu beantworten ist da schon die Frage, ob sie zumindest die Steuerlast lindert. Dass diese Frage nun noch öfter zum Vorteil der Steuerzahler beantwortet werden kann, ist zwei Entscheidungen des Bundesfinanzhofs zu verdanken.



Erleichterung kommt vor allem beim häufigsten Stein des Anstoßes für einen Streit zwischen Steuerzahler und Finanzamt, dem Nachweis der Notwendigkeit der krankheitsbedingten Aufwendungen. Bisher verlangt das Finanzamt nämlich vor dem Behandlungsbeginn oder anderen krankheitsbedingten Ausgaben ein amts- oder vertrauensärztliches Attest oder ein vergleichbares Gutachten eines anderen öffentlich-

Abziehbarkeit eines häuslichen Arbeitszimmers

Nach der Neuregelung durch das Jahressteuergesetz 2010 sind ab 2007 Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer nun auch dann abziehbar, wenn für die betriebliche oder berufliche Tätigkeit kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung steht, wobei der Abzugsbetrag dann auf 1.250 Euro begrenzt ist. Die Finanzämter werden die betroffenen und nicht bestandskräftigen Bescheide soweit wie möglich von Amts wegen ändern. Soweit Bescheide für vorläufig erklärt wurden, ist dies aber beispielsweise dann nicht möglich, wenn in der Steuererklärung keine Ausgaben für ein häusliches Arbeitszimmer geltend gemacht worden sind. Die Betroffenen sollten daher den Finanzämtern alle Angaben übermitteln, die für die Berücksichtigung entsprechender Aufwendungen dem Grunde und der Höhe nach erforderlich sind, und zugleich die Aufwendungen nachweisen oder glaubhaft machen. Die Finanzämter prüfen dann im Einzelfall, ob und ggf. inwieweit die vorläufigen Steuer- und Feststellungsbescheide zu ändern sind. Soweit Bescheide für Veranlagungszeiträume ab 2007 endgültig und ohne Nachprüfungsvorbehalt ergangen und nicht mehr anfechtbar sind, scheidet eine nachträgliche Berücksichtigung von Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer allerdings aus.

Umsatzsteuerpflicht bei eBay-Verkäufen

Vielen Hobbysammlern und Gelegenheitshändlern dürfte ein Urteil des Finanzgerichts Baden-Württemberg gar nicht gefallen. Das Gericht ist nämlich der Ansicht, dass auch Privatauktionen beim Internetportal eBay umsatzsteuerpflichtig sein können. Zwar verlangt das Gericht dafür, dass auf längere Dauer und mit erheblicher Intensität eine Vielzahl von Gegenständen verkauft werden, aber die rund 400 Auktionen pro Jahr, in denen sich die Kläger von Teilen ihrer Sammlungen getrennt haben, erreichen längst nicht nur gewerbliche Verkäufer. Die Kläger hatten sich auf eine Entscheidung des Bundesfinanzhofs berufen, der ausdrücklich festgestellt hat, dass der Verkauf einer privaten Sammlung auch in mehreren Teilen nicht umsatzsteuerpflichtig ist. Das ist im Prinzip richtig, meint das Finanzgericht, gelte aber nicht für eBay bei einer so großen Zahl von Auktionen. Es bleibt nun abzuwarten, ob der Bundesfinanzhof gegen das Finanzgericht entscheidet oder zumindest klarere Kriterien definiert.

Gewerbesteuerpflicht einer Freiberuflergesellschaft

Ein Urteil des Finanzgerichts Düsseldorf macht die GmbH & Co. KG für Freiberufler uninteressant. Die Richter meinen nämlich, dass alle Gesellschafter die Merkmale eines freien Berufes erfüllen müssen, damit die Einkünfte gewerbesteuerfrei sind. Erfüllt auch nur ein Gesellschafter diese Voraussetzungen nicht, dann erzielen alle Gesellschafter Einkünfte aus Gewerbebetrieb. Da die GmbH nun einmal kein Freiberufler sein kann, sind somit alle natürlichen Personen, die an der KG beteiligt sind, automatisch ebenfalls von der Gewerbesteuerfreiheit ausgeschlossen. Dass die GmbH weder zur Geschäftsführung in der KG befugt ist noch am Gewinn beteiligt wird, ändert an dieser Sichtweise nichts.

Steuerpflicht von Erstattungsinsen

Im letzten Sommer hat der Bundesfinanzhof unerwartet die Steuerpflicht von Erstattungsinsen in den meisten Fällen verneint, worauf das Finanzministerium prompt eine Gesetzesänderung initiierte, die das Urteil rückwirkend wieder aushebelte. Mittlerweile liegt die erste Entscheidung des Finanzgerichts Münster dazu vor, das keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die rückwirkende Änderung hat. Die Revision zu einem weiteren Verfahren ist beim Bundesfinanzhof anhängig, allerdings kann sich auf dieses Verfahren bei einem Aussetzungsantrag vorerst nur berufen, wer bereits vor dem 14. Dezember einen Steuerbescheid für die Erstattungsinsen erhalten hat.

AfA-Nachholung auf nicht erfasstes Betriebsvermögen

Grundsätzlich besteht die Pflicht, die Abschreibung (AfA) auf ein Wirtschaftsgut in jedem Jahr vorzunehmen. Ausnahmsweise kann die AfA auch in einem späteren Jahr nachgeholt werden, falls sie einmal pflichtwidrig unterlassen wurde. Das gilt allerdings nicht für ein Wirtschaftsgut, das erst verspätet als notwendiges Betriebsvermögen erfasst wird. In diesem Fall muss das Wirtschaftsgut nämlich gleich mit dem Wert eingebucht werden, den es zu diesem Zeitpunkt hätte, wenn die AfA von Anfang an ordnungsgemäß vorgenommen worden wäre. Dass das nicht nur für Bilanzierer, sondern auch für die Einnahmen-Überschuss-Rechnung gilt, hat der Bundesfinanzhof jetzt ausdrücklich festgestellt.

rechtlichen Trägers. An dieser Anforderung scheitern vor allem die Patienten, denen erst später bewusst wird, dass die Kosten steuerlich abzugsfähig sein könnten oder dass die Kosten am Ende deutlich höher als erwartet sein werden.

Der Bundesfinanzhof hat nun seine bisherige Rechtsprechung geändert, auf die sich das Finanzamt mit seiner strikten Anforderung nach einem Attest vor Behandlungsbeginn berufen konnte. Ein amtsärztliches Gutachten ist damit nun nicht mehr zwingend erforderlich, aber trotzdem empfehlenswert - worauf auch der Bundesfinanzhof ausdrücklich hinweist. Ein amtsärztliches Gutachten wird nämlich auch weiterhin der sicherste Weg bleiben, das Finanzamt von der Notwendigkeit der Ausgaben zu überzeugen.

Gelingt das nicht, bleibt nur noch die Klage beim Finanzgericht. Dort stehen jetzt zwar alle Mittel offen, um das Gericht von der Notwendigkeit der Kosten zu überzeugen, aber der Bundesfinanzhof hat auch bereits erklärt, dass ein Attest des behandelnden Arztes allein noch keine besonders hohe Beweiskraft hat. Regelmäßig wird das Finanzgericht zusätzlich ein neutrales Sachverständigen-gutachten einholen müssen, und wenn das negativ ausfällt oder der Sachverständige schlicht die medizinische Indikation der Behandlung im Nachhinein nicht mehr verlässlich feststellen kann, bleibt der Steuerzahler neben den Behandlungskosten auch noch auf hohen Verfahrenskosten sitzen.

Neben dieser steuerzahlerfreundlichen Entscheidung hat der Bundesfinanzhof auch den Katalog abzugsfähiger Ausgaben erweitert, denn selbst medizinisch oder naturheilkundlich nicht anerkannte Behandlungsmethoden können unter geeigneten Umständen steuerlich abzugsfähig sein. So hat der Bundesfinanzhof im Fall einer Frau entschieden, die sich für eine immunbiologische Krebsabwehrtherapie entschieden hat, weil ihre Krebserkrankung mit schulmedizinischen Methoden nicht mehr heilbar war.

Konkret sagt der Bundesfinanzhof, dass auch Krankheitskosten zwangsläufig entstehen können, denen es an der Eignung zur Heilung oder Linderung mangelt - was normalerweise Voraussetzung für eine außergewöhnliche Belastung ist. Das gilt jedoch nur, wenn der Patient an einer Erkrankung mit einer begrenzten Lebenserwartung leidet, die nicht mehr auf eine kurative Behandlung anspricht, und es gilt selbst dann, wenn sich der Patient für eine schulmedizinisch oder naturheilkundlich nicht anerkannte Heilmethode entscheidet. Nicht mehr abzugsfähig sind Aufwendungen allerdings dann, wenn die Behandlung von einer Person vorgenommen wird, die nicht zur Ausübung der Heilkunde zugelassen ist.



Schließlich hat der Bundesfinanzhof noch festgestellt, dass der Verzicht auf die Inanspruchnahme von staatlichen Transferleistungen den Abzug von Krankheitskosten als außergewöhnliche Belastung nicht verhindert. Dabei ging es um eine Mutter, die einen Antrag auf staatliche Übernahme der Schulkosten für eine Privatschule mit integriertem Legastheniezentrum nicht bis zum Schluss weiterverfolgt hat. Die Richter haben durchaus zurecht das Finanzamt daran erinnert, dass es widersinnig wäre, auf der einen Seite dem Bürger das für die Bestreitung seiner eigenen Existenz erforderliche Einkommen durch Besteuerung zu entziehen, um ihm dann in einem zweiten Schritt durch staatliche Leistungen sein wirtschaftliches Dasein zu sichern. ■

Darlehensverträge zwischen Angehörigen

Die steuerrechtliche Anerkennung von Darlehensverträgen zwischen Angehörigen ist an besondere Voraussetzungen geknüpft.

Das Bundesfinanzministerium hat die Voraussetzungen für die steuerrechtliche Anerkennung von Darlehensverträgen zwischen Angehörigen oder zwischen einer Personengesellschaft und Angehörigen eines beherrschenden Gesellschafters konkretisiert. Wichtigste Voraussetzung ist demnach, dass der Darlehensvertrag zivilrechtlich wirksam geschlossen worden ist und tatsächlich wie vereinbart durchgeführt wird.

Die Nichtbeachtung zivilrechtlicher Formerfordernisse führt zwar nicht automatisch und ausnahmslos dazu, das Vertragsverhältnis steuerrechtlich nicht anzuerkennen. Das Finanzamt wertet dies aber als besonders starkes Indiz gegen den vertraglichen Bindungswillen der Vertragsbeteiligten, und das kann zur Versagung der steuerrechtlichen Anerkennung führen. Die Vertragspartner können aber darlegen und nachweisen, dass sie zeitnah nach dem Auftauchen von Zweifeln an der zivilrechtlichen Wirksamkeit alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen haben, um die zivilrechtliche Wirksamkeit des Vertrages herbeizuführen und dass ihnen die Unwirksamkeit nicht anzulasten ist. In diesem Fall ist der Darlehensvertrag von Anfang an steuerrechtlich anzuerkennen.



Weiterhin muss der Vertrag und seine tatsächliche Durchführung die Trennung der Vermögens- und Einkunftssphären der vertragsschließenden Angehörigen gewährleisten. Eine klare und

einwandfreie Abgrenzung von einer Unterhaltsgewährung oder einer verschleierte Schenkung der Darlehenszinsen muss in jedem Einzelfall und während der gesamten Vertragsdauer möglich sein.

Schließlich müssen der Vertragsinhalt und die Durchführung dem zwischen Fremden Üblichen entsprechen (Fremdvergleich). Vergleichsmaßstab sind die Vertragsgestaltungen, die zwischen Darlehensnehmern und Kreditinstituten üblich sind. Das setzt insbesondere voraus, dass

- eine Vereinbarung über die Laufzeit und über Art und Zeit der Rückzahlung des Darlehens getroffen worden ist,
- die Zinsen zu den Fälligkeitszeitpunkten entrichtet werden und
- der Rückzahlungsanspruch ausreichend besichert ist.

Als ausreichende Besicherung gelten die banküblichen Sicherheiten, insbesondere eine dingliche Absicherung durch Hypothek oder Grundschuld. Außerdem kommen alle anderen Sicherheiten, die für das entsprechende Darlehen banküblich sind, in Betracht, wie Bankbürgschaften, Sicherungsübereignung von Wirtschaftsgütern, Forderungsabtretungen sowie Schuldmitübernahme oder Schuldbeitritt eines fremden Dritten oder eines Angehörigen, wenn dieser über entsprechend ausreichende Vermögenswerte verfügt.

Der Fremdvergleich ist auch durchzuführen, wenn Vereinbarungen nicht unmittelbar zwischen Angehörigen getroffen werden, sondern zwischen einer Personengesellschaft und Angehörigen der beherrschenden Gesellschafter, oder wenn beherrschende Gesellschafter einer Personengesellschaft Darlehensforderungen gegen die Personengesellschaft schenkweise an Angehörige abtreten.

Bücher als Arbeitsmittel

Zu den steuerlich abzugsfähigen Arbeitsmitteln gehören auch Zeitschriften und Bücher, wenn die Literatur ausschließlich oder zumindest weitaus überwiegend beruflich genutzt wird. Im Fall eines Lehrers hat der Bundesfinanzhof dem Kontrolltrieb des Finanzamts Grenzen gesetzt, das eine detaillierte Aufstellung über die Unterrichtsstunden haben wollte, für die die einzelnen Bücher verwendet wurden. Die Eigenschaft eines Buchs als Arbeitsmittel hängt demnach nicht ausschließlich davon ab, in welchem Umfang und in welcher Häufigkeit der Inhalt Eingang in den Unterricht gefunden hat. Auch die Verwendung der Literatur zur Unterrichtsvor- und -nachbereitung oder die Anschaffung von Büchern und Zeitschriften für eine Unterrichtseinheit, die nicht abgehalten worden ist, kann eine ausschließliche oder zumindest weitaus überwiegende berufliche Nutzung der Literatur begründen. Dass der Lehrer auch ein nachgewiesenes außerschulisches Interesse an denselben Themen hat, ist noch kein Grund, die berufliche Veranlassung in Frage zu stellen.

Zahlung für Zufahrtsmöglichkeit als Anschaffungskosten

Die Zahlung eines Grundstückseigentümers an seinen Nachbarn für die Eintragung einer Zufahrtsbaulast führt zu nachträglichen Anschaffungskosten. Das gilt, so meint der Bundesfinanzhof entgegen der Ansicht des Finanzamts, auch dann, wenn durch die Zufahrtsbaulast ein zweiter Zugang zum Grundstück eröffnet wird. Das Grundstück wird dann nämlich in einen neuen Zustand versetzt und der Wert von Grund und Boden erhöht, weil durch die zweite Zufahrt eine erweiterte Nutzbarkeit des Grundstücks erreicht wird.

Pauschalierte Entschädigung ist umsatzsteuerfrei

Pauschalierte Kündigungsentschädigungen aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder vertraglicher Vereinbarungen sind umsatzsteuerfreier Schadensersatz, weil kein Leistungsaustausch stattfindet. Die Leistungsbereitschaft und vorbereitende Leistungen allein sind noch keine Gegenleistung für die Entschädigung. So jedenfalls beurteilte der Bundesfinanzhof das Bereitstellungsentgelt eines Speditionsunternehmens, das das Unternehmen von einem Gerichtsvollzieher verlangte, wenn dieser eine angesetzte Zwangsäumung kurzfristig wieder absagen musste.

Verdeckte Gewinnausschüttung bei Verzicht auf Schadensersatz

Verzichtet die Kapitalgesellschaft gegenüber dem Geschäftsführer oder Vorstand auf einen Schadensersatzanspruch, dann kann dieser Verzicht eine verdeckte Gewinnausschüttung begründen. So entschied der Bundesfinanzhof im Fall eines AG-Vorstands, der einem Aufsichtsrat rechtswidrig Teile der Geschäftsführung übertragen hatte.

Steuerbefreiung für innergemeinschaftliche Lieferungen

Ausnahmsweise ist eine innergemeinschaftliche Lieferung auch dann umsatzsteuerfrei, wenn der Empfänger nicht über eine UStIdNr verfügt, aber zweifelsfrei feststeht, dass die Ware an einen Unternehmer im übrigen Gemeinschaftsgebiet geliefert wurde und der Warenerwerb dort den Vorschriften der Umsatzbesteuerung unterliegt. Mit dieser Entscheidung folgt das Finanzgericht Köln einem Urteil des Bundesfinanzhofs, der bereits festgestellt hat, dass die Steuerbefreiung ausnahmsweise auch ohne die vorgeschriebenen Beleg- und Buchnachweise zu gewähren ist, wenn die materiellen Voraussetzungen dennoch erfüllt sind.

Korrektur: Sachbezugswerte 2011

Die Januar-Ausgabe enthält einen Druckfehler bei den Sachbezugswerten 2011: Bitte beachten Sie, dass der kalendertägliche Sachbezugswert 2011 für ein Frühstück nicht 1,60 Euro, sondern nur 1,57 Euro beträgt.

Ein Darlehensvertrag zwischen volljährigen, voneinander wirtschaftlich unabhängigen Angehörigen kann ausnahmsweise steuerrechtlich bereits anerkannt werden, wenn er zwar nicht in allen Punkten dem zwischen Fremden Üblichen entspricht, aber das Darlehen zur Herstellung oder Anschaffung von Vermögensgegenständen gewährt wird (z. B. Bau- oder Anschaffungsdarlehen) und ansonsten bei einem fremden Dritten hätte aufgenommen werden müssen. Entscheidend ist, dass die getroffenen Vereinbarungen tatsächlich vollzogen werden, insbesondere die Darlehenszinsen regelmäßig gezahlt werden. Die Modalitäten der Darlehenstilgung und die Besicherung brauchen in diesen Fällen nicht geprüft zu werden.

Wird die Schenkung an einen Angehörigen davon abhängig gemacht, dass der Empfänger den Betrag als Darlehen wieder an den Schenker oder eine andere Person oder Gesellschaft zurückgeben muss, ist ertragsteuerlich weder die vereinbarte Schenkung noch die Rückgabe als Darlehen anzuerkennen. Der Empfänger erhält nicht die alleinige und unbeschränkte Verfügungsmacht über die Geldmittel, da er sie nur zum Zwecke der Rückgabe verwenden darf.

Die Vereinbarungen gelten schlicht als eine modifizierte Schenkung, bei der der Vollzug der Schenkung bis zur Rückzahlung des Darlehens aufgeschoben und der Umfang der Schenkung durch die Zahlung von Darlehenszinsen erweitert ist. Daher dürfen die als Darlehenszinsen geltend gemachten Aufwendungen nicht als Betriebsausgaben oder Werbungskosten abgezogen werden. Entsprechendes gilt im Verhältnis zwischen Eltern und minderjährigen Kindern, wenn das Kindesvermögen nicht einwandfrei vom Elternvermögen getrennt wird. Steuerlich sind die Schenkung und die Darlehensforderung jedoch anzuerkennen, wenn das Darlehen an eine zivil- und auch steuerrechtlich eigenständige GmbH gegeben wird. ◀

Falls diese Informationen Ihr Interesse gefunden haben und Sie noch Fragen oder Interesse an einer Beratung haben, stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Bitte vereinbaren Sie dann einen Termin oder wenden Sie sich per Fax an uns.

Mit freundlichen Grüßen

Fundstellen zum Mandanten-Rundschreiben 2/2011

- **Abziehbarkeit eines häuslichen Arbeitszimmers:** BMF-Schreiben IV A 3 -S 0338/07/10010-03 vom 15. Dezember 2010; DStR 51/2010 S. 2634; NWB 52/2010 S. 4250
- **AfA-Nachholung auf nicht erfasstes Betriebsvermögen:** BFH, Urteil vom 22. Juni 2010, Az. VIII R 3/08; DStR 43/2010 S. 2177; DStRE 21/2010 S. 1338; DB 43/2010 S. 2365; BB 45/2010 S. 2745; NWB 44/2010 S. 3514
- **Änderungen bei ELENA:** „Regierung stoppt Lohndatenbank“ in SPIEGEL Online vom 19. November 2010
- **Bücher als Arbeitsmittel:** BFH, Urteil vom 20. Mai 2010, Az. VI R 53/09; DStRE 22/2010 S. 1362; DB 43/2010 S. 2371; BB 45/2010 S. 2725; NWB 44/2010 S. 3512
- **Darlehensverträge zwischen Angehörigen:** BMF-Schreiben IV C 6 - S 2144/07/10004 vom 23. Dezember 2010; NWB 2/2011 S. 98
- **Digitale Unterlagen zu Bargeschäften:** BMF-Schreiben IV A 4 - S 0316/08/10004-07 - (2010/0946087) vom 26. November 2010; DStR 49/2010 S. 2522; DB 49/2010 S. 2701; NWB 50/2010 S. 4067
- **Gewerbesteuerpflicht einer Freiberuflergesellschaft:** FG Düsseldorf, Urteil vom 12. August 2010, Az. 12 K 2384/08 G; NWB 5/2011 S. 339
- **Korrektur: Sachbezugswerte 2011:** BMF-Schreiben IV C 5 - S 2334/10/10008 vom 21. Dezember 2010
- **Länder wollen Strafzinsen für Steuersünder:** heute im bundestag Nr. 18 vom 19. Januar 2010; „Länder wollen Steuersündern Denkkzettel verpassen“ in SPIEGEL Online vom 27. Januar 2010
- **Leichter Steuerabzug von Behandlungskosten:** BFH, Urteile vom 11. November 2010, Az. VI R 16/09, VI R 17/09 NWB 4/2011 S. 256, 259; BFH, Urteil vom 2. September 2010, Az. VI R 11/09; DB 48/2010 S. 2650; NWB 49/2010 S. 3937
- **Pauschalierte Entschädigung ist umsatzsteuerfrei:** BFH, Urteil vom 30. Juni 2010, Az. XI R 22/08; DStR 43/2010 S. 2184; DStRE 21/2010 S. 1338; DB 45/2010 S. 2486; NWB 44/2010 S. 3516
- **Steuerbefreiung für innergemeinschaftliche Lieferungen:** FG Köln, Urteil vom 03. November 2010, Az. 4 K 4262/08; NWB 4/2011 S. 261
- **Steuerpflicht von Erstattungsinsen:** BFH, anhängiges Verfahren, Az. VIII R 36/10; FG Münster, Urteil vom 16. Dezember 2010, Az. 5 K 3626/03, Revision beim BFH, Az. VIII R 1/11; OFD Rheinland, Kurzinformation Est 001/2011 vom 12. Januar 2011
- **Umsatzsteuerpflicht bei eBay-Verkäufen:** FG Baden-Württemberg, Urteil vom 22. September 2010, Az. 1 K 3016/08; NWB 5/2011 S. 340
- **Verdeckte Gewinnausschüttung bei Verzicht auf Schadensersatz:** BFH, Urteil vom 12. Oktober 2010, Az. I B 1/10; NWB 3/2011 S. 180
- **Zahlung für Zufahrtsmöglichkeit als Anschaffungskosten:** BFH, Urteil vom 20. Juli 2010, Az. IX R 4/10; DStRE 23/2010 S. 1435; BB 47/2010 S. 2881; NWB 44/2010 S. 3514

BB Betriebs-Berater
DB Der Betrieb

DStR Deutsches Steuerrecht
NWB Neue Wirtschafts-Briefe